

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen),
Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/7193 –**

Militärrelevante Experimente am Atomforschungszentrum der GKSS in Geesthacht

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 23. Februar 2006 hat das Deutsche Kinderkrebsregister in Mainz der Öffentlichkeit einen 15. Leukämieerkrankungsfall bei Kindern in der Elbmarsch und in Geesthacht gemeldet. Unter Einbeziehung eines Jugendlichen und eines leukämieähnlichen Krankheitsbildes bei einem Kind handelt es sich sogar um den 17. Fall. Vier der erkrankten Kinder sind inzwischen gestorben. Es handelt sich um die welthöchste erfasste Leukämierate auf kleinem Raum bei Kindern.

Die Ursache ist bisher nicht wissenschaftlich stichhaltig nachgewiesen worden. Die möglichen Ursachen, die bisher von Gutachtern, Bevölkerung oder Journalisten in Betracht gezogen wurden, lassen sich in drei Kategorien zusammenfassen: 1) Zufallshypothese, 2) Die Nuklearanlagen des Kernkraftwerks Krümmel und des Forschungszentrums der „Gesellschaft zur Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt“ (GKSS), die sich im Cluster-Gebiet befinden, 3) andere Umweltfaktoren im Gebiet.

In Bodenproben aus dem betroffenen Gebiet wurden Spuren von Plutonium, Americium, angereichertes Uran, verschiedene Thoriumisotope entdeckt. Es wird immer wieder in verschiedenen Hypothesen behauptet, dass die GKSS militärische Forschung mit radioaktivem Material betrieben hat. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder behauptet, es habe am 12. September 1986 auf dem GKSS Gelände einen schweren Unfall mit radioaktivem Material gegeben, der nicht öffentlich gemacht wurde.

1. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über militärische oder militärrelevante Forschungen mit radioaktivem Material auf dem Gelände der GKSS, und kann die Bundesregierung mit Sicherheit ausschließen, dass eine diesbezügliche Forschung ohne Kenntnis der Bundesregierung stattgefunden hat?

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis von militärischen oder militärrelevanten Forschungen mit radioaktivem Material auf dem Gelände der GKSS. Die seit über 50 Jahren in der Forschung tätige GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH befasst sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Energie- und Ressourcenschonung. Weitere Einzelheiten zu den Forschungsgegenständen der GKSS sind der Antwort der Bundesregierung zu Frage 9 der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill und der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 16/2665) vom 22. Mai 2006 zu entnehmen. Im Gesellschaftsvertrag der GKSS ist festgelegt, dass die Gesellschaft nur friedliche Zwecke verfolgt. Entsprechend diesem Satzungszweck haben bei der GKSS keine militärischen oder militärrelevanten Forschungen mit radioaktivem Material stattgefunden. Im Zentrum der GKSS-Forschungsaktivitäten stehen heute zwei in besonderem Maße anwendungsorientierte und zukunftsweisende Tätigkeitsfelder: die Küstenforschung und die Werkstoffforschung.

2. Hat die GKSS nach Kenntnis der Bundesregierung jemals mit Kernbrennstoff experimentiert, der vor allem Thorium und angereichertes Uran enthalten hat, und ist es bei diesen Experimenten zu kleineren oder größeren Zwischenfällen gekommen?

Bei der GKSS fanden nach Kenntnis der Bundesregierung niemals Experimente mit Kernbrennstoff statt, der vor allem Thorium und angereichertes Uran enthalten hat.

3. Wurde in Geesthacht an der Hybridtechnik aus Kernfusion und Kernspaltung geforscht?

Nein

4. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass sich am 12. September 1986 auf dem GKSS Gelände ein schwerer Unfall mit radioaktivem Material ereignet hat?

Bei der GKSS hat es weder am 12. September 1986 noch zu einem anderen Zeitpunkt einen Störfall gegeben, bei dem bestrahlter oder unbestrahlter Kernbrennstoff in die Umgebung freigesetzt worden ist.

Der Forschungsreaktor FRG-I und seine Umgebung werden gemäß den Auflagen, die im Atomgesetz und der Strahlenschutzverordnung vorgeschrieben sind, regelmäßig überwacht.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

5. Welche Erklärung hat die Bundesregierung für die radioaktiven Befunde aus den Bodenanalysen?

In den letzten Jahren sind – u. a. veranlasst durch das ZDF – verschiedene Bodenproben in der Umgebung des Kernkraftwerkes Krümmel und des Forschungszentrums Geesthacht durchgeführt worden. Dabei sind von verschie-

denen ausländischen und deutschen Institutionen Element- und Radionuklidanalysen mit verschiedenen Methoden durchgeführt worden. Anlässlich einer Anhörung im Niedersächsischen Landtag im April dieses Jahres sind die Ergebnisse nochmals von den verschiedenen Wissenschaftlern vorgestellt worden.

Die Ergebnisse widersprechen sich zum Teil grundlegend. Während Prof. Mironov von der Universität Minsk mit Hilfe der Alpha-Spektrometrie Nuklidgehalte von verschiedenen Alphastrahlern bestimmt hat, die durch einen postulierten Unfall im Forschungszentrum Geesthacht erklärt werden, wurden von Dr. Gerdes von der Universität Frankfurt (Institut für Mineralogie) bei der o. g. Analyse mittels ICP-Massenspektrometrie (ICP-MS) Gehalte von Uran, Plutonium u. a. gefunden, die mit den weltweiten Kernwaffentests sowie mit dem Tschernobyl-Fallout erklärt werden können. Die ICP-MS ist um etwa einen Faktor 10 empfindlicher als die Alphaspektrometrie. Dr. Gerdes hatte bereits im Jahre 2004 im Auftrag der Bürgerinitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch und im Frühjahr des Jahres 2006 im Auftrag der GKSS Bodenmaterial analysiert. Seine Untersuchungen lassen keinen Hinweis auf eine ungewöhnliche Radioaktivität in den untersuchten Proben erkennen.

Alle sonstigen bisherigen Messungen an Bodenproben, mit Ausnahme der von Prof. Mironov, haben ebenfalls keine Befunde gezeigt, die nicht durch den Fallout zu erklären waren.

